

Geschäftsstelle

Diakonisches Werk Hamburg-West/Südholstein · Max-Zelck-Straße 1 · 22459 Hamburg

Stadt Norderstedt
Erste Stadträtin Anette Reinders
Rathausallee 50
22846 Norderstedt

Andrea Makies
Kaufmännische Geschäftsführerin

Max-Zelck-Straße 1
22459 Hamburg
Telefon 0 40 / 558 220 132
andrea.makies@diakonie-hhsh.de
www.diakonie-hhsh.de

Hamburg, 05.02.2021

Unser Antrag auf Aufstockung der Zuwendung für die TAS Norderstedt

Sehr geehrte Frau Reinders,
sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für das gemeinsame Gespräch zur Finanzierung der TAS mit Ihnen Herrn Neuenfeldt und Frau Meyer am 08.09.2020 im Rathaus. Darin baten Sie uns, unseren Zuwendungsantrag noch einmal zu ergänzen. Zum einen wünschten Sie sich weiterführende inhaltliche Impulse der TAS zur Verbesserung der Situation wohnungsloser Menschen in der Stadt Norderstedt. Zum anderen hatten wir angeboten, das Finanzkonzept noch einmal zu überdenken, inwieweit eine geringere Aufstockung möglich wäre. Gern möchten wir darauf zurückkommen und Sie bitten unseren in dieser Weise ergänzten Antrag in die Gremien zu bringen.

Unsere TAS hat im vergangenen und diesem Jahr auch zu Zeiten des strengen Lockdowns immer Möglichkeiten und Wege gefunden, trotzdem für die besonders von der Krise betroffenen Menschen da zu sein: Sei es durch die Essensausgabe durchs Fenster, durch aus Spenden finanzierte Essens- und Lebensmitteltüten in Zeiten, als die Tafeln geschlossen waren, durch ebenfalls aus Spenden finanzierte Unterstände außen vor der TAS, um den Menschen einen Aufenthalt zu ermöglichen, der durch die Schutzgründe deutlich reduzierten Aufenthaltsplätze in der TAS. Auch in Zeiten als wir teils ältere und schutzbedürftige Ehrenamtliche nicht mehr helfen konnten, haben wir immer das Angebot aufrechterhalten.

I. Bisherige Impulse

In einem ersten Schritt möchten wir noch einmal rekapitulieren, welche Impulse wir für die Wohnungslosenhilfe in der Stadt Norderstedt in der Vergangenheit beigetragen haben.

1. Das Projekt „Wohnen & Arbeit“

In Anknüpfung an unsere Betreuung der Notunterkunft Langenharmer Weg haben wir die Chance gesehen, Menschen die dort leben, wieder in eine eigene Wohnung und eine berufliche Tätigkeit zu bringen. Im Beratungsalltag stellte sich immer wieder heraus, dass das Problem der Wohnungslosigkeit bzw. die Schwierigkeit, Wohnraum zu finden, unmittelbar mit dem Eingebundensein in den Arbeitsmarkt zu tun hatte. Wer keine Wohnung hat, findet keine



Arbeit, und wer keine Arbeit hat, findet keine Wohnung. Das Projekt wurde vom Diakonischen Werkes gemeinsam mit dem Jobcenter, der Stadt Norderstedt und dem Kreis Segeberg entwickelt. Es läuft seit 2015 und liefert im Wege eines intensiven Coachings zumindest hinsichtlich der Wiederaufnahme einer Berufstätigkeit sehr gute Ergebnisse (ungewöhnlich gut gegenüber den üblichen Angeboten). Die Kosten dafür tragen zu gleichen Teilen der Kreis und das Jobcenter. Die Stadt stellt das Projekthaus zur Verfügung. Schwierig ist aufgrund der Wohnungssituation in Norderstedt nach wie vor, auch eine eigene Wohnung für die Teilnehmer*innen zu finden. Begleitend sind die Projektteilnehmer in eine AGH-Maßnahme des Jobcenters eingebunden.

Zur Illustration ein Erfolgsbeispiel: Ein Teilnehmer des Projektes, Herr G., hat lange Zeit benötigt, um sich im Projekt zu stabilisieren. Neben einer Suchterkrankung, einer hohen Verschuldung und starken gesundheitlichen Einschränkungen musste Herr G. auch seine psychische Situation stabilisieren. Durch die Begleitung im Projekt und den geschützten Rahmen gelang es Herrn G. mit der Zeit, sich zu stabilisieren und Perspektiven zu entwickeln. Herr G. befindet sich derzeit auf Wohnungssuche. Er hat einen Arbeitsvertrag unterschrieben und auch eine alternative Perspektive für den Fall, dass sich seine gesundheitliche Situation, bedingt durch chronische Erkrankungen, verschlechtern sollte. Das Beispiel zeigt, dass es möglich ist, für einen Menschen mit schwieriger Ausgangssituation eine tragfähige Perspektive zu entwickeln.

2. Das Winternotprogramm

Als die Anzahl der obdachlosen Menschen zunahm bzw. sich abzeichnete, dass das Problem der im öffentlichen Raum Campierenden kein vorübergehendes Phänomen in Norderstedt mehr ist, regten wir die Einrichtung eines Winternotprogramms an. 2016 wurde auf Anraten der TAS in Kooperation mit dem AKO erstmals dieses Angebot von der Stadt geschaffen. Inzwischen betreuen wir das Winternotprogramm bereits die vierte Saison sehr erfolgreich. Seither hat es keine Kältetoten in Norderstedt mehr gegeben.

Das Winternotprogramm wirkt definitiv als Kälte- und Gesundheitsschutz und ist auch ein wichtiges Signal an die Bevölkerung, die sich gerade in der kalten Jahreszeit um Obdachlose sorgt. Wir erhalten viele Nachfragen und Hinweise, bisweilen werden Obdachlose aufgefunden und zur TAS begleitet. Dass wir ihnen im Winter mit einer warmen Unterkunft helfen können, ist einfach wunderbar und wird dankend angenommen. Wir arbeiten in diesem Projekt sehr eng und erfolgreich mit der Stadt zusammen.

Das Winternotprogramm ist dabei aber auch noch mehr als ein Kälteschutz. Es gelingt uns in jedem Jahr, eine kleine Anzahl von Klienten über dieses Angebot ins Hilfesystem einzubinden bzw. perspektivisch in die Eigenständigkeit zu begleiten. Hr. P. konnte nach intensiver Arbeit ins Projekt Wohnen & Arbeit aufgenommen werden. Nach jahrelanger Obdach- und Mittellosigkeit ist er heute in Vollzeit sozialversicherungspflichtig berufstätig. Hr. D. hat einer Aufnahme in die ordnungsrechtliche Unterbringung zugestimmt und lebt damit nicht nur nicht mehr auf der Straße, sondern hat auch einen Arbeitsplatz und damit eine Krankenversicherung bekommen. Beide haben sich sehr positiv entwickelt und sind der Sucht- und Elendsschleife entkommen.

3. Kooperation/Zusammenarbeit mit Polizei, Staatsanwaltschaft und Öffentlichkeit

Unser Angebot der Hilfe für wohnungslose Menschen wird auch von verschiedenen öffentlichen Akteuren sehr geschätzt. Beispielsweise ist es das Ordnungsamt, das immer wieder nachfragt, ob wir diese oder jene im öffentlichen Raum nächtigende Personen kennen und betreuen und das uns informiert, wenn Lagerstätten geräumt werden sollen.

Herr Neuenfeldt bat uns ganz aktuell, ein Auge auf die „Platte“ in der Tiefgarage am Herold Center zu haben. Wir sind mehrfach dort gewesen, haben Kontakte geknüpft und Nachrichten hinterlassen.

Regelmäßig werden wir auch von Passant*innen angesprochen, die sich um mutmaßlich obdachlose, desorientierte oder anderweitig hilfebedürftig erscheinende Menschen Sorgen machen. Diese Menschen sind sehr erleichtert, wenn sie bei uns Ansprechpartnerinnen und Hilfsangebote finden.

Des Weiteren werden wir regelmäßig von verschiedenen Polizeidienststellen und der Staatsanwaltschaft kontaktiert. Eine enge Zusammenarbeit besteht seit vielen Jahren mit dem ansässigen Polizeirevier Europaallee und dem bürgernahen Beamten. Es findet ein regelmäßiger Austausch statt. Auch in brenzligen Situationen arbeiten wir eng zusammen und sind auf beiden Seiten dankbar für die unkomplizierte Kooperation. Selbst der sozialpsychiatrische Dienst informiert uns über Hilfebedarfe im Umfeld. Da heißt es dann „Schaut doch mal nach der obdachlosen Frau!“.

So konnten wir vielen Menschen helfen, sie wortwörtlich von der Straße holen und ihnen ein würdevolles Leben ermöglichen. Menschen aus der Obdachlosigkeit zu holen ist immer ein Gemeinschaftswerk verschiedener Akteur*innen. Solche Aktivitäten fallen in den Bereich der aufsuchenden Arbeit, für die wir aktuell keine Mittel bzw. Arbeitsstunden zur Verfügung haben und einen Bedarf sehen.

II. Impulse für die zukünftige Weiterentwicklung der Arbeit der TAS

Im nächsten Schritt möchten wir Ihren Wunsch aufgreifen, im Rahmen der Aufstockung weitere Impulse zu setzen, die Menschen helfen aus Ihrer Wohnungs- und Arbeitslosigkeit herauszukommen.

A. Verstärkte aufsuchende Arbeit

In der Vergangenheit haben wir schon gezeigt, dass wir unsere Tätigkeit der TAS im Notfall ausnahmsweise auch auf aufsuchende Arbeit ausgeweitet haben. Hier sehen wir einen erweiterten Bedarf, den wir mit der vorgeschlagenen Stundenerweiterung der TAS stärker bedienen könnten.

Menschen werden im öffentlichen Raum gefunden, wirken verwahrlost, hilflos, werden zu uns gebracht. Es gibt Hinweise auf Zelte und Lager. Um das Vertrauen der Menschen zu gewinnen und sie dazu zu bewegen, Hilfe überhaupt anzunehmen, ist ein persönlicher Kontakt, oft mit sehr viel Geduld und Durchhaltevermögen nötig. Wir müssen rausgehen, mit den Betroffenen sprechen, Unterstützung anbieten, Perspektiven aufzeigen, und das immer und immer wieder. Menschen, die vor Jahren aus allen sozialen Bezügen und Netzen gefallen sind, mehrfach auch von Hilfsangeboten enttäuscht wurden oder für sich keine Perspektive sehen, lassen sich nicht leicht auf etwas Neues ein. Da braucht es langen Atem, bis sie Hilfe annehmen.

In einem Telefonat mit einer Kooperationspartnerin wurden wir auf eine Frau hingewiesen, die vor einem öffentlichen Gebäude sitzen soll. Diese Frau berichte, dass sie nicht wisse, wo sie die Nacht verbringen könne. Obdachlose Frauen stellen eine besonders vulnerable Gruppe da, die häufig zunächst viel Vertrauen aufbauen müssen, um sich auf Hilfsangebote einzulassen. In einem Fall wie diesen werden wir versuchen, die Person am Aufenthaltsort anzutreffen und einen zwanglosen Kontakt aufzubauen. Wir stellen unsere Angebote vor und versuchen, eine Anbindung an vorhandene Hilfen, z.B. aktuell die Aufnahme in das Winternotprogramm, herzustellen.

B. Hilfe für Menschen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten nach § 67 SGB XII

Wir haben schon in der Vergangenheit versucht, einen Impuls zu geben, Hilfen nach § 67 SGB XII in der Stadt zu etablieren. In unserer täglichen Arbeit stellen wir immer wieder fest, dass einige Klient*innen ganz individuelle Hilfe und Begleitung benötigen, die wir im gegebenen Rahmen (Aufenthaltsangebot in der TAS in einem Stundenumfang, der nicht einmal den Öffnungszeiten entspricht) nicht leisten können. So haben wir ein Konzept zur Einzelfallhilfe für Menschen mit verschiedenen sozialen Schwierigkeiten nach §67 SGB XII entwickelt und Ihnen vorgelegt. Leistungen nach § 67 sind eine gesetzliche Pflichtaufgabe, die vom Kreis zu finanzieren ist. Leider haben wir uns dazu noch nicht erfolgreich verständigen können. Gern würden wir dieses Thema noch einmal aufgreifen und mit Ihrer Unterstützung mit dem Kreis dazu in Verbindung treten.

Einige Beispiele, die verdeutlichen um welche Problemstellungen es in Praxis geht und die deutlich machen, dass es gelegentlich unabdingbar ist, Menschen zu begleiten. Zum Beispiel Hr. A., der auch nach mehrfacher Bitte keine Kontoauszüge für seinen ALG II Antrag ausgehändigt bekam. Bis eine Kollegin mit ihm zur Bank ging. Damit war das Problem einfach gelöst. Noch immer machen Menschen die Erfahrung, aufgrund kreativer Frisuren oder unkonventioneller Erscheinung abgewiesen und in ihren bürgerlichen Rechten beschränkt zu werden. In derartigen Fällen gibt es manchmal keine andere Lösung, als dass sie von uns begleitet werden.

Auch die akut psychisch kranke Frau T. hätte ohne unsere unmittelbare Hilfe nicht zur psychiatrischen Institutsambulanz gefunden. Oft sind es die Fälle, die von Notdiensten (noch) nicht behandelt/versorgt werden und keinerlei private/nachbarschaftliche Hilfemöglichkeiten haben. Auch eventuell bestellte gesetzliche Betreuer*innen werden oft leider nicht tätig, wenn dies praktisch nötig wäre. Die Menschen stehen dann in ihrer Notlage vor unserer Tür, und es gibt keine andere Institution, an die wir sie verweisen könnten. Wir sind einfach ihre letzte Chance. Und wir sehen aus unserem caritativen Selbstverständnis heraus keine Alternative als die unmittelbare Hilfe. Doch in einigen Fällen übersteigt der Bedarf an Zeit und Einsatz unsere Personalkapazitäten.

So könnten tragfähige Betreuungsbeziehungen fortgeführt und die Menschen langfristig hin zur Selbständigkeit im Alltag begleitet werden. Wir sind nah an den Menschen dran, genießen ihr Vertrauen und wissen, wer besondere Bedarfe hat. Deshalb würden wir dieses Angebot gern bald selbst umsetzen. Im Beratungsalltag kann jeweils nur das Nötigste bearbeitet werden. Oft sind die Menschen mit ihren Papieren komplett überfordert und konfrontieren uns mit absolutem Chaos, das unseren derzeit leistbaren Rahmen sprengt. Förderlich wäre, eine Grundordnung aufzubauen und einfache Ablageroutinen gemeinsam zu erarbeiten. Auch Begleitung zu Behörden, Wohnungsbesichtigungen und anderen Terminen könnte sich über dieses Konzept realisieren lassen.

In Ergänzung zum Projekt „Wohnen und Arbeit“ könnten in diesem Rahmen auch Personen betreut werden, die sich bereits in Arbeit befinden, aber noch wohnungslos sind. Hier könnte eine Betreuung im Projekthaus stattfinden mit dem Fokus der Stabilisierung und Wohnungsfindung.

Auch für ältere Menschen, die nicht mehr im erwerbsfähigen Alter sind, oder Menschen, die aus gesundheitlichen Gründen nicht arbeiten können, ließe sich eine längerfristige und umfangreichere Unterstützung aufbauen.

C. Niedrigschwellige Beschäftigungsangebote

Viele junge Menschen in der Notunterkunft Langenharmer Weg sind langzeitarbeitslos und aufgrund von Sucht, psychischen Erkrankungen oder anderer Hindernisse nicht unmittelbar in Arbeit vermittelbar. Auch Maßnahmen des Jobcenters erweisen sich für diesen Personenkreis oft noch als zu hochschwellig. Angeregt wird deshalb ein Angebot einer Werkstatt auf dem Gelände der Notunterkunft. Dort könnten Interessierte unabhängig von verpflichtenden Maßnahmen für den Eigenbedarf Fahrräder reparieren oder andere handwerkliche Arbeiten ausführen. Sich auf eine solche Art körperlich zu betätigen und dabei etwas Sinnvolles für sich selbst zu schaffen, könnte sich positiv auf Impulskontrolle, Sucht- und Sozialverhalten auswirken und damit letztlich befriedend auf das Umfeld ausstrahlen. Für etwas Sorge zu tragen, sich verantwortlich zu fühlen, gibt einen Sinn in ein oft als sinnlos empfundenes Leben und bietet einen Anreiz zum Ausstieg aus langjährig eingefahrenen Routinen.

Für diese Idee braucht es nicht viel: politischen Willen, eine z.B. spendenfinanzierte Gartenhütte mit Werkzeugen und eine (ehrenamtliche) Kraft, die ab und zu nach dem rechten schaut.

D. Housing first

Die Idee von Housing first wurde bereits hier und da von uns erwähnt. Wir plädieren sehr für das Konzept, das in verschiedenen Ländern in Europa und Nordamerika bereits erfolgreich umgesetzt wird. Hierbei handelt es sich um bedingungslosen Zugang zu eigenem Wohnraum mit einem freiwilligen Betreuungsangebot. Wichtig ist eine dezentrale Unterbringung, um Ghettoisierung zu vermeiden und „Problemcluster“, die sich in gemeinsamen Notunterkünften bilden, zu entzerren. Eigener Wohnraum bietet Privatsphäre und Rückzug und ist eine wichtige Voraussetzung, um zur Ruhe zu kommen und Kraft für neue Herausforderungen tanken zu können. Wir sehen es als menschliches Grundrecht und tragen gern dazu bei, dies praktisch umzusetzen.

Unsere TeilnehmerInnen aus dem Projekt Wohnen & Arbeit berichten uns regelmäßig, wie sehr sie von der Möglichkeit, endlich ruhiger zu schlafen und zumindest einen Raum für sich zu haben, profitieren und dass es eine hilfreiche Grundlage ist, um die Energie für die Beseitigung eigener „Baustellen“ zu finden.

Auch in dieser Hinsicht möchten wir gemeinsam mit der Stadt weiter daran arbeiten, Wohnbauprojekte zu entwickeln. Eine Möglichkeit ergibt sich beispielsweise über die neue Schleswig-Holsteinische Richtlinie der verbesserten Wohnungsbauförderung für besondere Zielgruppen. Hier würden wir uns gern in bewährter Weise auch als Bauträger anbieten, um günstige Wohnungen für Wohnungslose und andere bedürftige Zielgruppen zu bauen.

Gern möchten wir mit Ihnen allerdings auch über die Situation der Notunterkunft am Langenharmer Weg sprechen, wo durch verschiedene Faktoren (verdoppelte Bewohner*innenzahlen, Corona-Krise, ...) das Konflikt- und Gewaltpotenzial so stark angestiegen ist, dass wir zum Schutz unserer Mitarbeiter*innen über Doppelbesetzungen nachdenken müssen.

E. Medizinische Hilfe für Menschen ohne Krankenversicherung

Vor allem EU-BürgerInnen ohne Sozialhilfebezug verfügen meist über keinen Krankenversicherungsschutz. Jedoch haben jahrelanges Leben auf der Straße und häufig auch eine Suchterkrankung und psychische Erkrankungen einen maroden Gesundheitszustand zur Folge. Auch Erscheinungen fortgeschrittenen Alters wie Inkontinenz

und Demenz können wir zunehmend beobachten. Diese Personen werden allenfalls notfallärztlich behandelt, bekommen aber keine weitere medizinische Hilfe, geschweige denn Pflegeleistungen, Hilfsmittel oder Medikamente. Hier arbeiten wir eng mit unserem ehrenamtlichen Arzt und den Angeboten in Hamburg zusammen.

Dennoch handelt es sich um ein ernstzunehmendes Problem, das wir mit unseren Mitteln nicht lösen können. Die Folge ist, dass Menschen verelenden und letztlich unter extrem unwürdigen Umständen versterben, wie wir im letzten Jahr drei Mal erleben mussten. Zwei Personen sind in ihren Zelten verstorben, ein Klient auf der öffentlichen Toilette am Busbahnhof in Norderstedt Mitte. Ein anderes Beispiel ist der Fall eines akut inkontinenten Obdachlosen. Er wird nahezu täglich von uns mit frischer Wäsche versorgt.

Da es nicht möglich ist, klassische Vorsorgeuntersuchungen durchzuführen, werden Erkrankungen oft erst bekannt, wenn es keine Hilfe mehr gibt. Eine dauerhafte Versorgung mit speziellen Medikamenten ist oft nicht möglich. Umfangreichere medizinische Versorgung erhalten diese Menschen häufig nur, wenn sie inhaftiert werden. Ein trauriges Beispiel ist ein im Sommer 2019 verstorbener Klient, der kurz vor seinem Tod äußerte, er wolle „entweder in den Knast oder ins Krankenhaus“. Beides war nicht möglich und ihm die Hilfe damit versagt, da er keinen Rechtsanspruch hat.

Das Problem mangelnder Versorgung der mittellosen EU-BürgerInnen ist ein europaweites Problem, das politisch auch nur auf dieser Ebene gelöst werden kann. Wir bleiben gemeinsam mit unseren Landesverbänden an diesem Thema dran. Vielleicht besteht die Möglichkeit, über EU-Mittel die medizinische Versorgung bzw. Pflege besonders komplizierter Fälle sicherzustellen? Wir setzen auch an dieser Stelle Impulse und bringen das Thema in die politische Debatte ein.

III. Finanzierung

In unserem Gespräch hatten wir darüber gesprochen, inwieweit das DW anstatt einer Aufstockung der städtischen Zuschüsse nicht weiterhin Eigenmittel einbringen könnte.

Hierzu möchten wir darauf hinweisen, dass wir dies in der Vergangenheit immer auch in maßgeblichem Umfang getan haben:

- Durch zunehmende Kirchensteuer- und andere Deckungsmittel der Diakonie
- Durch Spenden und Kollekten
- Durch unser Werben für eine Aufstockung der Landesmittel für die Wohnungslosenberatung
- Durch ein Team von 36 Ehrenamtlichen aus unserem Umfeld, die die Arbeit der TAS in dem Umfang erst ermöglichen.
- Und nicht zuletzt durch Kooperation mit privat engagierten Spendenwerbern, z.B. "Arjan loopt", durch die einmalig rund 19.000 € für TAS und die Notunterkunft Langenharmer Weg zusammenkamen. Diese sind jedoch zweckgebunden für wichtige besondere Projekte gedacht und nicht für eine Reduzierung des Beitrags der Stadt.

Ohne diese zusätzlichen Finanzierungsbeiträge wäre die Arbeit von TAS, Betreuung am Langenharmer Weg und Wohnungslosenberatung gar nicht in der bisherigen Weise möglich gewesen.

Solche und ähnliche Beiträge werden wir auch weiterhin für die Wohnungslosenhilfe in Norderstedt durch unser Engagement einbringen.

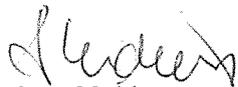
Daher möchten wir Ihnen anbieten, weiterhin neben den anderen Eigenleistungen auch 10.000 € Kirchensteuermittel für den Betrieb der TAS beizusteuern. Wir wissen, dass dies in knapper werdenden Zeiten angesichts der Corona-Krise weder für die Stadt noch für uns leicht sein wird. Aber wir halten es im Sinne unseres gemeinsamen caritativen und Versorgungsauftrags für absolut erforderlich. Dieser Betrag würde unseren Aufstockungswunsch mit Schreiben vom 29.01.2020 um 10.000 € auf 18.600 € reduzieren.

Vor diesem Hintergrund würden wir uns sehr freuen, wenn Sie uns die bisherige Zuwendung von 48.800 € auf 67.400 € aufstocken würden und eine automatische Anpassungsklausel aufnehmen würden, die allgemeine Tarifkosten und Preissteigerungen aufnimmt, wie wir das auch schon für andere Verträge zugrunde gelegt haben.

Wegen der unter II. benannten Optionen würden wir gern weiter mit Ihnen beraten, da sie darüber hinaus dazu beitragen könnten, die Versorgung wohnungsloser Menschen und solcher mit besonderen sozialen Schwierigkeiten in Norderstedt weiter zu verbessern, ohne das städtische Budget zusätzlich zu belasten.

Wir freuen uns auf die weiterhin konstruktive Zusammenarbeit und Umsetzung guter Ideen zur Bewältigung drängender Probleme.

Mit freundlichen Grüßen



Andrea Makies

gez. Tabea Müller